

Annette Winkelmann

„Jüdisches Leben in Deutschland und die Erinnerung an die Shoa“

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
sehr geehrte ... (NAMEN)

ich bedanke mich sehr herzlich bei der jüdischen Gemeinde und bei der Konrad-Adenauer-Stiftung für die Einladung zu dieser Veranstaltung und für ihre große Gastfreundschaft. Ich fühle mich sehr geehrt, daß ich heute abend zu diesem besonderen Anlaß und an diesem besonderen Ort zu Ihnen sprechen darf.

Mein Vortrag hat den Titel: „Jüdisches Leben in Deutschland und die Erinnerung an die Shoa“. Er wird sich zum einen mit der aktuellen Situation der jüdischen Gemeinden beschäftigen, zum anderen wird es mir um die Frage gehen, wie die deutsche Gesellschaft seit 1945 den Mord an den europäischen Juden verarbeitet hat.

Zur Einleitung möchte ich mit zwei aktuellen Momentaufnahmen beginnen:

(1) Seit 1990 sind fast 200.000 Juden aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland eingewandert. Etwa die Hälfte hat sich den jüdischen Gemeinden angeschlossen. Damit sind die Mitgliederzahlen der jüdischen Gemeinden von 28.000 im Jahr 1989 auf heute über 100.000 angestiegen. Die Mitgliedschaft hat sich durch die starke Zuwanderung seit 1990 also vervierfacht. Die jüdische Gemeinschaft in Deutschland ist somit wider Erwarten die drittstärkste in Europa geworden, und mit Abstand die dynamischste. Als Folge dieser Entwicklung wurden in den letzten Jahren eine Vielzahl neuer Synagogen und Gemeindezentren in Deutschland gebaut.

(2) Bundespräsident Horst Köhler ist morgen auf Einladung des polnischen Präsidenten Alexander Kwasniewski in Auschwitz. Dort nimmt er gemeinsam mit dem israelischen Staatspräsidenten Moshe Katzav und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin an der zentralen Gedenkfeier zum 60. Jahrestag der Befreiung des Arbeits- und Vernichtungslagers Auschwitz durch die Rote Armee teil. Dieser 27. Januar ist in vielen Ländern als Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus anerkannt und seit 1996 ein Gedenktag in der Bundesrepublik Deutschland. Die vier Staatspräsidenten aus Polen, Rußland, Israel und Deutschland repräsentieren die Nationen, die sich in besonderer Weise diesem Ort verbunden und seiner Geschichte verpflichtet fühlen.

Der Name Auschwitz steht für die Verbrechen der Nationalsozialisten allgemein, aber insbesondere für die Shoa, für die komplexe, erschütternde und letztlich unbegreifliche Geschichte der Ermordung der europäischen Juden. Das hebräische Wort Shoa bedeutet „Zerstörung“. In der jüdischen Welt, aber nicht nur dort, wird dieses Wort dem lange üblicheren Begriff „Holocaust“ vorgezogen. Während der Shoa sind ungefähr 6 Millionen Juden in Europa ermordet worden.

Auschwitz und die Shoa

In der südpolnischen Stadt Oświęcim bei Krakau (deutscher Name: Auschwitz) hatte die SS, die mörderischste Organisation des nationalsozialistischen Deutschlands, von April 1940 an das größte ihrer Arbeits- und Vernichtungslager bauen lassen. Es bestand aus dem Stammlager, dem drei Kilometer entfernten Lager Birkenau, in dem sich die Gaskammern und Verbrennungsöfen befanden, und 45 Zwangsarbeitslagern bei Fabriken in der Umgebung. In dem Gebiet waren zeitgleich bis zu 155.000 Menschen zusammengepfercht. Insgesamt

wurden in Auschwitz von 1940 bis Ende 1944 zwischen 1,1 und 1,5 Millionen Menschen ermordet. Davon waren über eine Million Juden, etwa 75.000 christliche Polen, 21.000 Sinti und Roma und 15.000 sowjetische Kriegsgefangene. Die Juden machten also mindestens 90 Prozent der Opfer von Auschwitz aus. Der größte Teil der Menschen starb durch Giftgas, ein beträchtlicher Teil aber auch durch Erschießung, medizinische Versuche, Seuchen, Unterernährung und „Vernichtung durch Arbeit“, wie die Nationalsozialisten es zynisch nannten.

Es gibt meines Erachtens mindestens drei Gründe, warum Auschwitz in der Welt zum Symbol für die deutschen Verbrechen zwischen 1933 und 1945 geworden ist.

Erstens: Der Lagerkomplex von Auschwitz ist, wie oben beschrieben, sehr umfangreich. Durch den schnellen Vorstoß der Roten Armee haben sich hier unter anderem Wachtürme, Stacheldrahtzäune, Toilettengebäude, Gefangenenbaracken, Verwaltungsgebäude, Wohngebäude der Wachmannschaften und das Archiv mit den Lagerdokumenten erhalten. Die Gaskammern und Krematoriengebäude, welche die SS vor ihrem Abzug sprengte, sind noch als Ruinen vorhanden. Es gibt in Auschwitz also etwas zu besichtigen, und etwa 20 Millionen Menschen haben seit 1945 die auf dem Gelände des Lagers eingerichtete Gedenkstätte besucht.

Zweitens: Auschwitz war die „größte Menschen-Vernichtungs-Anlage aller Zeiten“, wie sie der Lagerkommandant Rudolf Höß selbst nannte, mit anderthalb Millionen Toten.

Drittens: Es gibt paradoxerweise trotz der unvorstellbar hohen Opferzahlen auch Tausende Auschwitz-Überlebende, die nach dem Krieg Zeugnis ablegen konnten. Das vielverzweigte Lager war nicht nur ein Todeslager, sondern auch ein Durchgangslager und ein Arbeitslager. Treblinka oder Belzec hingegen, zwei berüchtigte Todeslager, waren erbaut worden mit dem einzigen Ziel, dort Menschen so schnell wie möglich zu ermorden. In Belzec, das ein paar Stunden weiter nordöstlich von Auschwitz liegt, gibt es außer einem Denkmal nichts zu besichtigen. Und doch ist dies das Lager, in dem fast alle Juden Südpolens in weniger als zwei Jahren ermordet wurden – vermutlich 600.000 Menschen. Dieses Lager überlebten, so weit uns bekannt ist, nur drei Menschen. Die Gebäude dort wurden von der SS 1943 vollständig zerstört, das Gelände eingeebnet und Bäume darauf gepflanzt. Der Name Belzec sagte daher bis vor wenigen Jahren nur den Historikern etwas.

Ich komme zu meinen Eingangsaussagen zurück. Ich sprach erstens über:

(1) die Vervierfachung der Mitgliederzahlen in den jüdischen Gemeinden in Deutschland in den letzten 15 Jahren und zweitens über:

(2) die Einladung an Bundespräsident Köhler, an den Gedenkfeierlichkeiten in Auschwitz teilzunehmen.

Was vereint diese beiden Aussagen? Was verbindet die rasante Mitgliederentwicklung der jüdischen Gemeinden in Deutschland mit dem Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus und mit der Einladung an Präsident Köhler? Was sagt dies über den Umgang der Bundesrepublik Deutschland mit der Shoa und über das Verhältnis zu den Juden in Deutschland aus?

Um den erstaunlichen Aufschwung der jüdischen Gemeinden seit 1990 zu verstehen, ist es notwendig, einen Blick auf die Geschichte der Gemeinden seit 1945 zu werfen.

## Situation der jüdischen Gemeinden in Deutschland vor 1990

Nach dem Zweiten Weltkrieg und nach der Shoa waren viele Juden durch die Umstände gezwungen, sich in Deutschland niederzulassen. Vor der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten in Deutschland im Jahr 1933 hatte es in Deutschland unter 85 Millionen Deutschen etwa 500.000 Juden gegeben. Etwa der Hälfte gelang noch nach 1933 die Auswanderung oder Flucht. Von den Zurückgebliebenen wurden ungefähr 160.000 verfolgt,

deportiert und ermordet, auch im Konzentrationslager Auschwitz, wohin etwa 38.000 deutsche Juden deportiert wurden. Es gab also bei Kriegsende nur wenige überlebende oder in Deutschland lebende deutsche Juden. Aber seit 1945 waren Hunderttausende Juden aus Osteuropa in Deutschland als Flüchtlinge eingetroffen oder in Deutschland aus Lagern befreit worden. So verließen beispielsweise allein zwischen Juli und September 1946 um die 100.000 Juden Polen. Die meisten machten sich durch die Tschechoslowakei zu den Displaced Persons-Lagern in Deutschland auf. Von dort wollte die große Mehrzahl von ihnen nach Palästina, nach Großbritannien in die den USA auswandern. Kaum einer konnte es sich vorstellen, in Deutschland, dem Land der Täter, zu bleiben. Zunächst aber schlossen sie sich Gemeinden an. Von Anfang an hatten die Gemeinden zwei vorrangige Aufgabenbereiche: die Fürsorge und Pflege der Kranken und der alten Menschen sowie die Linderung der allumfassende Not der Juden in Deutschland, die nicht in der Lage waren, auszuwandern. Von den Juden, die sich nach dem Krieg in Deutschland befanden, konnten 90 Prozent ihren Lebensunterhalt nicht ohne fremde Hilfe bestreiten.

Im Jahr 1948 bestanden in Deutschland bereits wieder über 100 jüdische Gemeinden. Allerdings war in vielen Gemeinden die Anzahl der Mitglieder äußerst bescheiden: Die Frankfurter Gemeinde zählte in der Zeit von August bis Dezember 1945 immerhin schon zwischen 500 und 600 Mitglieder. Doch in Köln betrug die Mitgliederzahl noch im Februar 1946 nicht mehr als 80 Personen, und die große Mehrzahl der jüdischen Gemeinden in Deutschland zählte nicht mehr als 50 Mitglieder. Von ihrem sozialen, religiösen und nationalen Hintergrund unterschieden sich die Mitglieder dieser neugegründeten Gemeinden enorm. In manchen Gebieten wie in Bayern in der amerikanischen Zone machten die osteuropäischen Juden im Jahr 1949 94 Prozent der jüdischen Gesamtbevölkerung aus, im südwestlichen Württemberg dominierten sie immerhin noch mit 82 Prozent. Dagegen betrug ihr Anteil in Berlin nur 30 Prozent und in der britischen Zone in Nordrhein-Westfalen nur 14 Prozent.

1950 befanden sich wegen der starken Auswanderung in die USA und nach Palästina nur noch rund 25.000 Juden in der soeben gegründeten Bundesrepublik. Davon waren die wenigsten Deutsche. Verständlicherweise fühlten sie sich ihrem neuen „Heimatland“ nicht sehr verbunden. Der vielerorts als Provisorium gedachte Wiederaufbau jüdischer Gemeinden in der Bundesrepublik festigte sich jedoch, die Gemeinden begannen langsam Wurzeln zu schlagen. Schon zu diesem Zeitpunkt deutete sich an, daß auch nach Krieg und Besatzungsphase weiter mit einer, wenn auch kleinen, jüdischen Minderheit in Deutschland zu rechnen sein würde.

Dies war nicht unbedingt im Sinne der großen jüdischen Organisationen. Anfang 1950 verabschiedete der Jüdische Weltkongreß in Frankfurt am Main eine Resolution. Die jüdischen Organisationen in Deutschland sollten nur Interimscharakter haben. Sobald sie dem letzten Juden zur Ausreise aus Deutschland verholfen hätten, sollten sie sich auflösen. Sie wurden daher ausdrücklich als „Liquidationsgemeinden“ bezeichnet. Walter Oppenheimer, später Leiter des Frankfurter Jüdischen Jugendzentrums, glaubte damals selbst, (ZITAT) „Deutschland würde ein weißer Fleck im jüdischen Bewußtsein werden – ein Gebiet außerhalb der bekannten und zu bekennenden Welt.“ (ENDE DES ZITATS) Die vorherrschende Meinung unter den Juden in der Welt sei gewesen, daß jüdisches Leben in Deutschland „endgültig vorbei sein“ sollte. Und die Statistik gab ihm recht, denn diese Meinung herrschte auch unter den in Deutschland lebenden Juden vor. 1964 stellte Oppenheimer 274 jüdischen Jugendliche zwischen 9 und 18 Jahren die Frage, wo sie „am liebsten wohnen“ möchten. Nur 8 Prozent beantworteten diese Frage mit „Deutschland“. 73 Prozent antworteten „Israel“ und 18 Prozent „USA“. Diese Zahlen wiederholten sich in einer Befragung in den 70er Jahren. Die Epoche jüdischen Lebens in Deutschland, das galt direkt nach dem Krieg und auch noch 30 Jahre später, war ausgelöscht für alle Zeit.

Das Verhältnis zu Deutschland und zum Leben in diesem Land verbesserte sich zwar entscheidend in den 80er Jahren, doch viele Gemeinden bestanden vor allem aus älteren Mitgliedern und hatten somit keine großen Zukunftsaussichten. Durch die anhaltende Abwanderung jüngerer Mitglieder nach Israel oder in die USA sanken die Mitgliederzahlen weiter. Ein Zusammenschrumpfen der jüdischen Gemeinden in Deutschland auf drei Kerngemeinden wurde daher langfristig für unvermeidlich gehalten. Man nahm an, daß nur München, Frankfurt und Berlin übrigbleiben würden. Die Juden in Deutschland würden langfristig aus dem Blick jüdischer Organisationen und jüdischen Interesses geraten. Aber auch aus dem Blick und Interesse der sie umgebenden nichtjüdischen Gesellschaft. Sie würden also faktisch bedeutungslos werden. Ein Beispiel: Vor 20 Jahren noch lehnte es die israelitische Kultusgemeinde der Stadt Freiburg im Breisgau ab, eine neue Synagoge zu bauen. Diese Gemeinde bestand vor allem aus Überlebenden der Shoa und aus Menschen, die in Deutschland auf die ein oder andere Weise überlebt hatten oder aus der Emigration zurückgekehrt waren. Diese Gemeinde hielt sich schlicht nicht für überlebensfähig, und sie brauchte daher keine neue Synagoge.

## Einwanderung von Juden aus der ehemaligen Sowjetunion

Seit 1990 sind fast 200.000 Menschen als jüdische Kontingentflüchtlinge aus der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland eingewandert. Heute gibt es in Deutschland daher nicht nur die drei Großgemeinden München, Frankfurt, Berlin. Diese negative Vision hat sich nicht erfüllt. Auch die lange Reihe aussterbender Gemeinden ohne Bedarf an Synagoge und Gemeindehaus gibt es nicht mehr. Im Gegenteil: Die jüdischen Gemeinden in Deutschland sind auf 80 Kultusgemeinden angewachsen. In den wenigen Jahren zwischen 1990 und 2004 sind viele Orte auf die jüdische Landkarte zurückgekehrt. So zum Beispiel Rostock, Halle, Lübeck, Erfurt, Dresden und viele weitere kleine und größere Städte.

Was also ist in diesen vergangenen 15 bis 20 Jahren passiert? Wie ist es zu dieser Entwicklung gekommen?

Seit 1990 dürfen Juden aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion fast ohne Einschränkungen in die Bundesrepublik einwandern. Die vereinfachten Einreisevoraussetzungen für diese Juden waren in der Umbruchzeit zwischen 1989 und 1990 von der letzten DDR-Volkskammer beschlossen worden. Dieser Beschluß der Volkskammer war als Geste der Wiedergutmachung zu sehen, die jedoch erst durch die veränderte politische Situation in Deutschland, Mittel- und Osteuropa nach 1990 möglich wurde. Die DDR hatte bis 1990 nie eine Mitverantwortung für die Shoa übernommen. Sie hatte aus diesem Grunde auch immer Wiedergutmachungszahlungen an jüdische Opfer oder an Israel abgelehnt. Die Restitution von jüdischem Besitz auf DDR-Territorium unterblieb.

Der Volkskammer-Beschluß, der die Einwanderung von Juden aus der ehemaligen Sowjetunion ermöglichte, wurde nach 1990 in die Gesetzgebung auch der neuen Bundesrepublik übernommen. Die russischen Juden erhielten dabei den Status der „Kontingentflüchtlinge“. Dieser Status erkläre sich aus dem „geschichtlich begründeten Schutzgedanken“, wie es Innenminister Schily vor kurzem ausdrückte. Bei Kontingentflüchtlingen handelt es sich um eine privilegierte Sondergruppe unter den Ausländern. Kontingentflüchtlinge erhalten nach der Aufnahme in Deutschland eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis und genießen einen besonderen Ausweisungsschutz.

Nicht alles an dieser Einwanderung ist problemlos oder wird von den Juden in Deutschland oder von der Politik positiv gesehen: Von den Eingewanderten waren möglicherweise nicht alle jüdisch oder am Judentum interessiert (Israel hat dasselbe Problem). Immerhin die Hälfte, nämlich 100.000 Einwanderer, hat sich *nicht* den jüdischen Gemeinden angeschlossen. Russische Juden übertreffen die Altmitglieder in den meisten Gemeinden um ein Vielfaches. So stellen sie mittlerweile die Vorstände vieler Gemeinden.

Viele in bereits Deutschland etablierte Juden fühlen sich daher von den russischen Juden entmachtet und überrannt. Die russischen Juden wiederum befürchten, von den alteingesessenen Gemeindegliedern nicht als gleichberechtigt anerkannt zu werden. Fast 90 Prozent der russischen Juden leben derzeit von der Sozialhilfe, viele sprechen auch nach Jahren kein Deutsch. Die meisten haben keinerlei religiöse Erfahrung und viele kein religiöses Interesse. Einige nutzen die Gemeinden ausschließlich als Versorgungseinrichtungen, ohne sich am jüdischen Leben zu beteiligen.

Unbestritten ist, daß Deutschland sich durch die massenhafte Zuwanderung von Juden aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion wieder zu einem bedeutenden jüdischen Land entwickelt hat. Die Mitgliederzahlen der Gemeinden sind von 27.800 im Jahr 1989 auf heute 104.000 emporgeschneit. Das ist eine Vervierfachung, und bei Jugendlichen liegen die Zahlen sogar noch höher. Die alten und neuen Gemeinden der erweiterten Bundesrepublik sind in wenigen Jahren zur drittgrößten jüdischen Gemeinschaft in Europa angewachsen, und sie werden entsprechend ernstgenommen. 1949, nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland, hatten sich die internationalen jüdischen Hilfsorganisationen wie die Jewish Agency, der JOINT und andere aus Deutschland und damit auch von den immer noch in Deutschland lebenden Juden zurückgezogen. Jetzt ist nicht nur das Oberrabbinat in Israel, sondern sind auch große amerikanisch-jüdische Hilfsorganisationen, die jahrzehntlang jüdischem Leben in der Bundesrepublik so kritisch gegenüberstanden, beeindruckt von dieser Entwicklung. Sie alle engagieren sich in einer Vielzahl von Projekten. Wir sind Zeuge spektakulärer Synagogenneubauten wie beispielsweise in Dresden oder Chemnitz geworden. Eine neue Synagoge, ein Gemeindezentrum und ein jüdisches Museum sind derzeit in München im Bau. Die Gründungen von jüdischen Sportklubs, von Jugendorganisationen, Kindergärten, Schulen und Sommerferienlagern sind Zeichen großer Vitalität. Nicht alle Zuwanderer sind an Religion interessiert, aber einige, besonders die Jüngeren, entdecken ihr Judentum neu. Die russischen Jugendlichen hingegen besuchen fast ausnahmslos den jüdischen Religionsunterricht, viele gehen auf jüdische Schulen, und die älteren engagieren sich in jüdischen Studentenorganisationen. Diese dynamische Entwicklung wird auch von Juden im Ausland wahrgenommen: Die Kinder und Enkel derjenigen, die den in Deutschland lebenden Juden einst vorwarfen: „Wie könnt Ihr nur in diesem Land leben!“, diese Kinder und Enkel planen heute ganz selbstverständlich auf ihren Reisen durch Europa einen Aufenthalt in „Jewish Berlin“ ein.

Gleichzeitig erweckt das sich entwickelnde jüdische Leben auch die Aufmerksamkeit der nichtjüdischen Deutschen: Die Dresdner Gemeinde, mittlerweile wieder auf 600 Mitglieder angewachsen, verzeichnete in den letzten drei Jahren einen Besucherzuwachs ihres Synagogenkomplexes von 3000 auf 7000 im Jahr.

## Das Verhältnis der alten und neuen Bundesrepublik zur Shoa

Lassen Sie mich auf meine eingangs gestellten Fragen zurückkommen: Was sagt die rasante Mitgliederentwicklung der jüdischen Gemeinden in Deutschland über den Umgang der Bundesrepublik Deutschland mit der Shoa und über das Verhältnis zu den Juden in Deutschland aus?

Die Übernahme des Volkskammer-Beschlusses in die Gesetzgebung auch der neuen Bundesrepublik kann als Teil der langen Auseinandersetzung von Politik und Öffentlichkeit in der alten westdeutschen Bundesrepublik mit den nationalsozialistischen Verbrechen und ihren Folgen gesehen werden. Diese Entscheidung spiegelt aber auch die veränderte politische Situation nach der Wiedervereinigung wieder: Deutschland wurde 1990 ein größerer Staat mit zusätzlicher politischer Verantwortung. Der Wandel der deutschen Gesellschaft im Inneren, die Veränderungen in den internationalen Beziehungen und die Übernahme von zusätzlicher

politischer Verantwortung durch den Staat machten Fragen nach dem Selbstverständnis dieser neuen Republik nötig. Sie verlangten nach einer erneuten Standortbestimmung in Kernfragen.

Kernfragen sind zweifelsohne Fragen zum Verhältnis der vereinigten Bundesrepublik zur Shoa, zur Wiedergutmachung gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus, zum öffentlichen Gedenken an die Opfer und zur Vermittlung der Geschichte an die nächsten Generationen. Berlin wurde nach der Wiedervereinigung durch den Bundestag zur neuen Hauptstadt gewählt. Daß die deutsche Politik in das ehemalige Machtzentrum der Nationalsozialisten mit den zahlreich vorhandenen historischen Orten zurückkehrte, erzwang ebenfalls Debatten um den Standort Deutschlands in diesen Fragen.

Ich möchte Ihnen drei sichtbare Zeichen eines erneuerten staatlichen Bekenntnisses und der Bekräftigung alter Positionen nennen:

(1) Die Bundesrepublik ermöglichte die Einwanderung großer Gruppen russischer Juden, und sie ermöglicht das Gedeihen der jüdischen Gemeinden durch ihre politische Unterstützung und finanzielle Förderung.

(2) Am 3. Januar 1996 erklärte der damalige Bundespräsident Roman Herzog den 27. Januar zum „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“ in Deutschland.

Ich möchte aus der Rede des Bundespräsidenten, die er zum ersten Gedenktag 1996 hielt, zitieren. Sie vermittelt einen deutlichen Eindruck von den Selbstverpflichtung der neuen Bundesrepublik:

*(ZITAT) „Wer je den Gedanken an ein Ende des Erinnerns erwogen hat, der sollte davon so schnell wie möglich ablassen. Das hat noch nicht einmal etwas mit Nationalsozialismus und Holocaust zu tun, sondern es ergibt sich aus zwei ganz einfachen, fast möchte ich sagen banalen Erfahrungen:*

*Ohne gründliches Wissen um seine Geschichte kann auf die Dauer kein Volk bestehen. Das war in den jüngst vergangenen Jahrzehnten zwar nicht unbestritten. Aber diese Zeit ist, wenn ich recht sehe, vorbei. So frei und so souverän ist überhaupt kein Volk, daß es ohne Wissen um seine Vergangenheit bestehen könnte.*

*Wenn ein Volk aber versucht, in und mit seiner Geschichte zu leben, dann ist es gut beraten, in und mit seiner ganzen Geschichte zu leben, und nicht nur mit ihren guten und erfreulichen Teilen. Ich habe es schon des öfteren gesagt und wiederhole es hier bewußt: Für mich ist jeder Versuch, die Verbrechen des Nationalsozialismus aus der geschichtlichen Erinnerung auszublenden, letztlich nur eine besondere Form intellektueller Feigheit, und Feigheit ist das letzte, was ich von meinem Volk erleben möchte.“ (ENDE DES ZITATS)*

Der Deutsche Bundestag begeht den Gedenktag jährlich im Rahmen einer Feierstunde. Am 27. Januar werden bundesweit die obersten Staatsbehörden sowie alle Einrichtungen, die der Aufsicht von Staatsbehörden unterstehen, halbmast beflaggt. Und ich bin sicher, daß sich der jetzige Präsident Köhler morgen in Auschwitz erneut zur deutschen Verantwortung für die Vergangenheit und zu einem würdigen Gedenken an die Opfer bekennen wird.

(3) Dieser Wunsch nach einem würdigen Gedenken war Anlaß für eine private Initiative, die ein Denkmal für die ermordeten Juden Europas im Zentrum Berlins vorschlug. Nach 10 Jahren öffentlicher Diskussion um dieses Denkmal beschloß der Deutsche Bundestag 1999 den Bau eines solchen zentralen Denkmals in Berlins Mitte. Um dieses Denkmal gab es lange Debatten und zum Teil erbitterte Auseinandersetzungen, auch unter Juden.

Im Beschluß des Bundestags von 1999 heißt es:

*(ZITAT) „Die Bundesrepublik Deutschland errichtet in Berlin ein Denkmal für die ermordeten Juden Europas. Mit dem Denkmal wollen wir*

*– die ermordeten Opfer ehren*

*– die Erinnerung an ein unvorstellbares Geschehen der deutschen Geschichte wach halten und*

*– alle künftigen Generationen mahnen, die Menschenrechte nie wieder anzutasten, stets den demokratischen Rechtsstaat zu verteidigen, die Gleichheit der Menschen vor dem*

*Gesetz zu wahren und jeder Diktatur und Gewaltherrschaft zu widerstehen.*“ (ENDE DES ZITATS)

Das Denkmal, das im Mai offiziell eröffnet werden wird, nimmt ein großes Areal in unmittelbarer Nähe zum Sitz des Bundestags im Reichstagsgebäude und zum Brandenburger Tor ein. Es befindet sich somit in einem Spannungsfeld mit Symbolen deutscher Geschichte und Politik. Das Denkmal soll laut Bundestagsbeschluß ein zentraler Ort der Erinnerung sein und ausdrücklich nicht die authentischen Stätten des Terrors in Berlin und anderswo in Deutschland ersetzen. Angegliedert wird ein großes unterirdisches Dokumentationszentrum zu den Verbrechen der Nationalsozialisten.

In der Denkmalfrage zitiere ich nochmals aus Roman Herzogs Rede von 1996. 1996 war die Diskussion um das Denkmal, seine Gestaltung, seinen Sinn und Zweck und seinen Ort noch in vollem Gange. Seine Worte können daher auch als Appell an die Kontrahenten verstanden werden:

(ZITAT) *„Wir Deutschen müssen dieses Mahnmal um unserer selbst willen bauen. Wir bauen es nicht für das Ausland, wir bauen es nicht als Demonstration dauernder Schuld, wir bauen es auch nicht in wohlfeiler, letztlich aber unredlicher Identifikation mit den Opfern. Es muß das werden, was sein Name sagt: gewiß eine Erinnerung an die Verbrechen, vor allem aber ein Gedenken an die Opfer und ihr Leid – und ein Mahnmal für die Lebenden.“* (ENDE DES ZITATS)

Neben dem großen zentralen Mahnmal mitten in Berlin gibt es dort eine Vielzahl von Universitätsinstituten, Gedenkstätten und Forschungs- und Dokumentationszentren, welche die Verbrechen der Nationalsozialisten dokumentieren und ausstellen. In Berlin befindet sich auch das außerordentlich erfolgreiche staatliche Jüdische Museum in dem auffallenden silbernen Zickzackbau von Daniel Libeskind, das seit seiner Eröffnung vor wenigen Jahren jährlich Hunderttausende Besucher anzieht. Darüber hinaus finden wir überall in Deutschland lokal eingerichtete und geförderte jüdische Museen und Ausstellungen in ehemaligen Synagogen. Die Zahl der Gedenkstätten, zum Beispiel auf den Geländen ehemaliger Konzentrationslager, geht in die Tausende. Aber auch Behörden, also staatliche Bürokratien, die sich mit dem Auffinden und der Restitution geraubter Kulturgüter und mit der Rückgabe von Grundstücken und Häusern an Juden beschäftigen, wurden eingerichtet und gefördert.

Es gibt vermutlich außer Deutschland kein Land, in dem sich so viele Individuen, öffentliche Institutionen, Forschungseinrichtungen und private Initiativen, aber auch Fernsehen, Film und Zeitungen mit der Beschreibung und seriösen Erforschung der Ursachen und Folgen der nationalsozialistischen Verbrechen beschäftigen. Zu dieser Einschätzung sind in den vergangenen Jahren auch viele jüdische und nichtjüdische Historiker im Ausland gekommen. Die Einladung zu den Feierlichkeiten in Auschwitz an den deutschen Bundespräsidenten sehe ich als Ausdruck der internationalen politischen Anerkennung dieser ernsthaften Auseinandersetzung mit der Vergangenheit.

## Ausblick in die Zukunft

Die jüdischen Gemeinden haben bisher noch nicht ausreichend Zeit gehabt, ihre veränderte Situation und die damit verbundenen Probleme zu bewältigen. Der Konflikt in den jüdischen Gemeinden wird sich aber möglicherweise mit einem Generationenwechsel auflösen. Russisch-jüdische und deutsch-jüdische Jugendliche, die gemeinsam aufgewachsen sind, werden künftig die Geschicke in den Gemeinden gemeinsam lenken. Jüdische Jugendliche, ob russisch oder in Deutschland geboren, werden sich zu diesem Staat in anderer Weise bekennen können als ihre Eltern und Großeltern.

Zuweilen wird die Meinung vertreten, junge Menschen interessieren sich nicht mehr für diesen Teil der deutschen Geschichte. Doch sie fahren an die Orte des Schreckens, sie

pflegen Gedenkstätten und Gräber, sie arbeiten an Dokumentationsprojekten ihrer Schulen mit, sie sehen die historischen Sendungen im Fernsehen. Kein anderes Thema hat beim Schülerwettbewerb deutsche Geschichte so viele Einsendungen gehabt wie die Ausschreibungen zum Thema „Alltag im Nationalsozialismus“. Nichtjüdische und jüdische Jugendliche werden gemeinsam neue Wege der Interpretation der Ereignisse und des Gedenkens finden.

Die zunehmende zeitliche Entfernung vom Völkermord an den Juden sowie das ganz andere Geschichtsverständnis der noch in der DDR erzogenen Menschen erfordern allerdings neue pädagogische Ansätze. Der Staat wird weiterhin dafür sorgen müssen – über Schulen, Museen, Gedenkstätten, durch die Unterstützung von Forschung und Lehre – daß jungen Menschen historisches Wissen und emotionale Betroffenheit vermittelt werden. Nur so wird eine Beziehung zu Gegenwartproblemen, moralische Sensibilität und die Bereitschaft zur Übernahme politischer Verantwortung ermöglicht.